

27.02.2018

Frau Kreuzer

Vorlage für die Sitzung des Senats am 13.03.2018

„Sachstandbericht Unterbringungssituation Flüchtlinge“

A. Problem

Der nachfolgende Bericht gibt einen aktuellen Überblick über bestehende Unterkünfte und die strategische Weiterentwicklung des Unterbringungssystems für Flüchtlinge (Erwachsene und Familien).

B. Lösung

Der beiliegende Bericht schildert die aktuelle Entwicklung der Zugangszahlen von Januar 2017 bis November 2017, erläutert die Veränderungen des Unterbringungssystems und gibt eine Perspektive für das Jahr 2018.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Aus diesem Bericht ergeben sich keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Zum 30.11.2017 haben 3.783 Personen im Unterbringungssystem gelebt. Davon waren 2.207 Personen männlichen und 1.576 Personen weiblichen Geschlechts. 1.361 Personen waren davon minderjährig.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, der Senatskanzlei und dem Senator für Inneres ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1940/19 den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.

Unterbringungs von Flüchtlingen in der Freien Hansestadt Bremen – Sachstandsbericht

Vorbemerkung

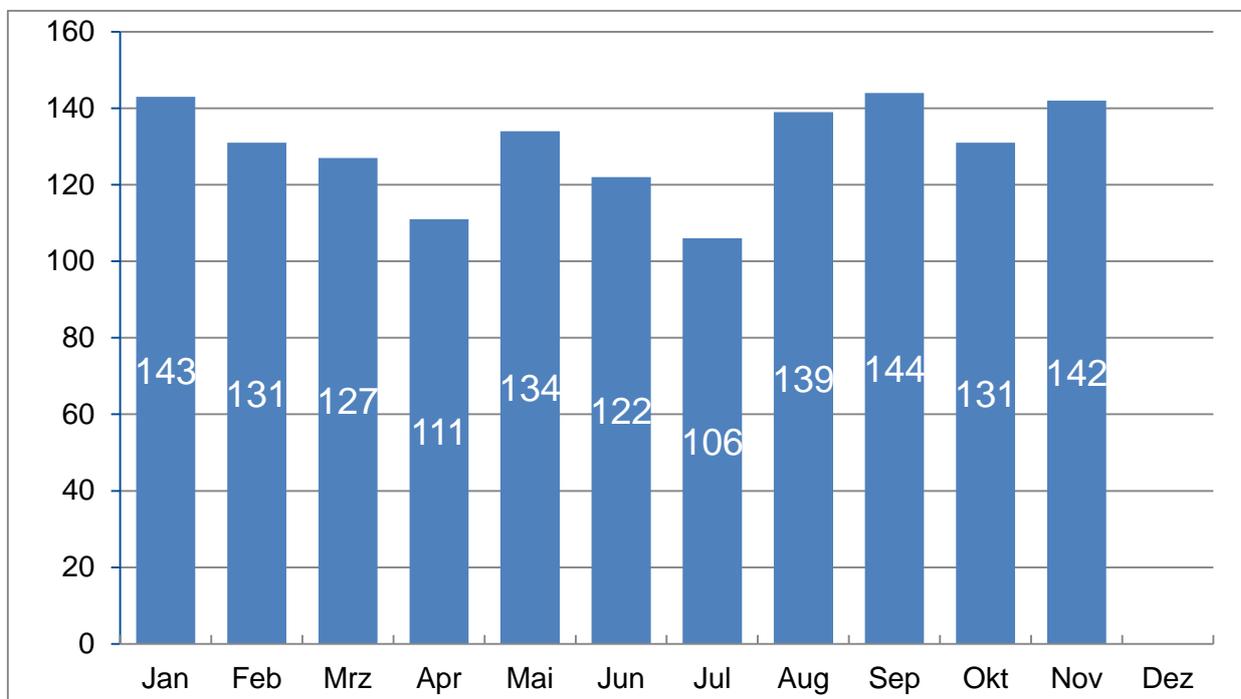
Dieser Bericht soll einen Gesamtüberblick über die Zugangszahlen und das Unterbringungssystem für Flüchtlinge (Erwachsene und Familien) geben. Zunächst werden in Teil I. die Zugangszahlen für 2017 sowie die Familiennachzüge dargestellt. Im Teil II. folgt die Darstellung der Entwicklung des Unterbringungssystems im Bereich des Landes und der Übergangswohnheime der Stadtgemeinde Bremen. Im III. Teil wird ein Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung des Unterbringungssystems unter Berücksichtigung der Prognose von Zugangszahlen für 2018 gegeben.

I. Entwicklung der Zugangszahlen 2017

Deutschlandweit werden in den Landeserstaufnahmestellen (LAST) Personen aufgenommen und registriert, die sich als Asylbewerber/innen melden. Es folgt eine Verteilung nach EASY (Erstaufnahme Asyl) auf die verschiedenen Bundesländer gemäß Königsteiner Schlüssel. Nach diesem Schlüssel hat Bremen 0,95 % aller in Deutschland ankommenden Asylbewerber/innen aufzunehmen. Innerhalb des Stadtstaates Bremen werden gemäß dem Landeserstaufnahmegesetz 80% der Stadtgemeinde Bremen und 20% der Personen der Stadtgemeinde Bremerhaven zugewiesen.

Hieraus ergeben sich für das Land Bremen im Jahr 2017 folgende Zugangszahlen:

Grafik 1: Zugänge Flüchtlinge nach EASY im Land Bremen seit 01.01.2017 (Stand: 30.11.2017)

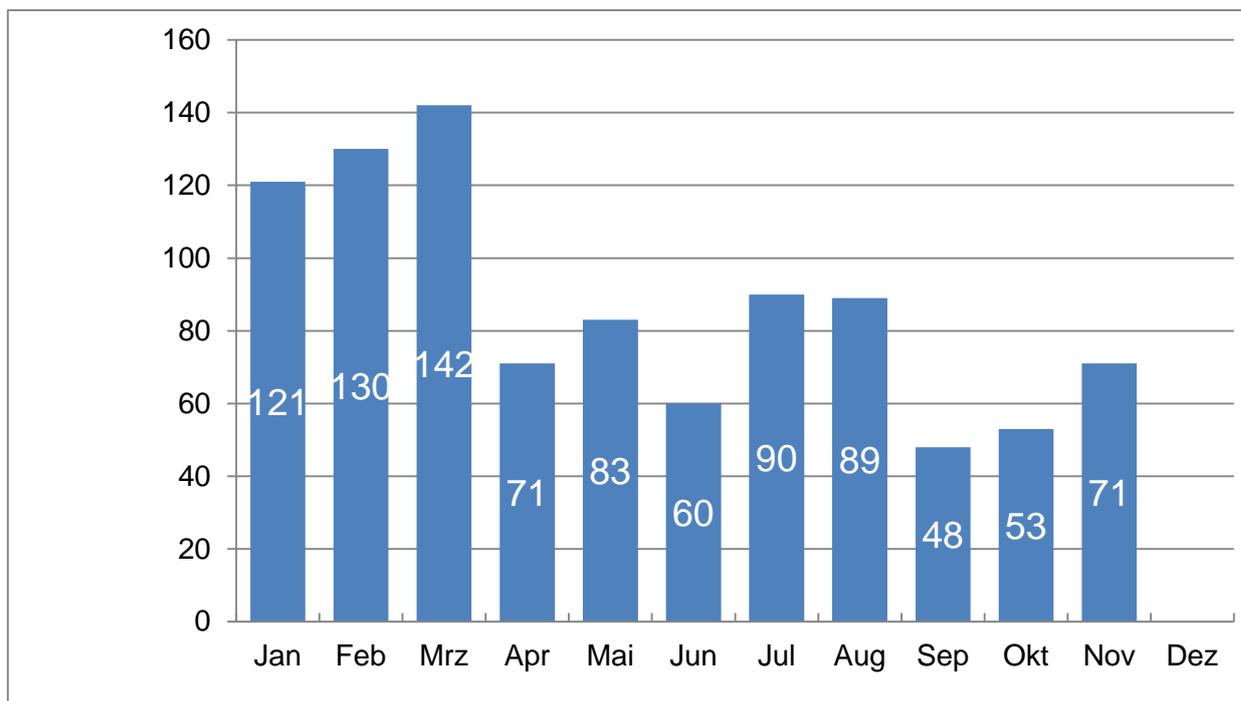


Die Zugangszahlen haben sich im Laufe des Jahres 2017 auf einem etwa gleichbleibenden Niveau stabilisiert. Zugleich blieben sie unter den Erwartungen aus der Prognose der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und des Senators für Inneres, die Gegenstand der vom Senat im Mai 2017 beschlossenen Bevölkerungsvorausberechnung waren. Hier ging man noch von einem Zugang über EASY für das Land Bremen für 2017 von

1.860 Personen aus. Nun ist für das Jahr 2017 insgesamt mit ca. 1.600 Personen zu rechnen.

Neben den Zugangszahlen über EASY hat die Zahl der Personen, die als Familiennachzug nach Bremen kommen in 2017 an Bedeutung gewonnen. Seit Januar 2017 werden die Personen, die über den Familiennachzug in die Stadtgemeinde Bremen kommen und sich zunächst, da z.T. keine unmittelbare Vermittlung auf dem Wohnungsmarkt möglich ist, in das Unterbringungssystem für Flüchtlinge begeben, durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport statistisch erfasst. Hieraus ergeben sich folgende Zahlen für 2017.

Grafik 2: Ankünfte im Rahmen des Familiennachzugs in der Stadtgemeinde Bremen seit 01.01.2017 (Stand: 30.11.2017)*



*die hier dargestellten Zahlen beziehen sich auf Familiennachzüge, die in den LAST des Landes Bremen aufgenommen wurden. Es ist davon auszugehen, dass weitere Personen über Familiennachzug direkt bei ihren Familien untergekommen sind (in Bremen und Bremerhaven).

Auch diese Zahl blieb hinter den Erwartungen aus dem Frühjahr zurück. Es wurde mit rund 1.600 Personen für die Stadtgemeinde Bremen gerechnet. Es sind lediglich rund 1.200 Personen eingereist.

II. Entwicklung des Unterbringungssystems für Flüchtlinge (Erwachsene und Familien) 2017

Das Unterbringungssystem für Flüchtlinge gliedert sich in die Landeserstaufnahmestellen (LAST) auf Landesebene und Übergangwohnheime (ÜWH) in der Stadtgemeinde Bremen.

Landeserstaufnahmestellen (LAST)

Die Länder sind gem. § 44 Abs. 1 des Asylgesetzes verpflichtet, eine notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmestellen bereitzuhalten. Im Jahr 2015 wurden dem Land Bremen im Monat November 1.937 Personen zugewiesen. Im November 2016 waren es 147 und im November 2017 waren es 142. Die Aufnahmezahlen unterliegen also

Schwankungen, die kaum vorhersehbar sind. Daher passt die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport regelmäßig die Reserven für die LAST an.

Im Frühling 2017 konnten die letzten Notunterkünfte als Außenstellen der LAST geschlossen werden. Zum Vergleich: Der Stadtstaat Hamburg hat seine letzte Notunterkunft Ende 2017 geschlossen. Berlin hat bis heute noch Notunterkünfte. Das Land Bremen unterhält derzeit noch folgende LAST:

Aufnahmestellen des Landes Bremen	Kapazität
LAST Vulkan Lindenstr.110, 28755 Bremen	700
LAST Alfred-Faust-Str. 15, 28277 Bremen	235
LAST Gottlieb-Daimler-Str. 4, 28327 Bremen	80
	1.015

Die LAST in der Falkenstraße konnte zum 30.11.2017 aufgegeben werden.

Strategisch ist es wichtig, Reserven vorzuhalten, falls die Zugangszahlen wieder steigen. Zum 30.11.2017 hielten sich 846 Personen in den LAST auf. Sollten die Zugangszahlen wieder auf mehr als 200 Personen monatlich steigen, wären erneut zusätzliche Plätze erforderlich. Die Planungen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sind darauf ausgelegt, die Eröffnung von Zeiten oder Belegung von Turnhallen unbedingt zu vermeiden.

Bis 2019 sind noch zwei ehemalige Notunterkünfte angemietet. Diese können innerhalb weniger Wochen wieder eröffnet werden, da alle Einrichtungsgegenstände und Sanitärcontainer dort gelagert wurden. Zudem kann die Gottlieb-Daimler-Straße kurzfristig wieder auf 160 Plätze aufgestockt werden. Damit wird für die Landeseraufnahme eine Reserve von rund 500 Plätzen vorgehalten.

Übergangswohnheime der Stadtgemeinde Bremen

Das Unterbringungssystem wurde seit 2014 stetig ausgebaut. So standen zum 30.11.2017 insgesamt 4.429 Plätze zur Verfügung.

Innerhalb des Unterbringungssystems der Stadtgemeinde Bremen wird das Prinzip eines atmenden Systems verfolgt. Dies bedeutet, dass bei der Erstellung von Unterkünften durch die Bauämter eine maximale Unterbringungszahl genehmigt wurde. Die tatsächliche Belegungsdichte soll möglichst durchgängig darunter liegen. Die tatsächliche Platzzahl wurde zum 01.10.2017 erstmalig verringert, in dem qualitative und wirtschaftliche Aspekte Beachtung fanden. Zum 01.01.2018 erfolgte eine erneute Kürzung, so dass noch 3.662 Plätze zur Verfügung stehen. Faktisch wurde diese Kürzung bereits in 2017 umgesetzt, da die Bewohner/innen bereits nach und nach ausgesteuert worden sind, um die Platzreduzierungen zum 01.01.2018 dann tatsächlich auch realisieren zu können.

Aus *qualitativen Gesichtspunkten* wurden hauptsächlich Plätze in Unterkünften reduziert, in denen die Menschen Gemeinschaftsküchen und gemeinschaftliche Sanitärbereiche nutzen. Zudem wurde anhand der *tatsächlichen Belegung* betrachtet, welche Räume wie tatsächlich genutzt wurden. Zum Beispiel gab es in Unterkünften Räume, die eigentlich mit 6 Betten ausgestattet waren, aber nur 5 Personen dort lebten. Ein anderes Beispiel ist, dass mehr Gemeinschaftsräume gebraucht wurden und daher eigentliche Bewohnerzimmer hierfür genutzt wurden. Aus *wirtschaftlicher Perspektive* war das Übergangswohnheim in der Johann-Lange-Straße nicht mehr weiter zu betreiben. Hier gab es einen erheblichen Sanierungsstau. Daher wurde dieses ÜWH aufgegeben.

Die Kürzung der Platzzahlen innerhalb bestehender Unterkünfte hat den Vorteil, dass bei eventuell wieder steigenden Zahlen die ÜWH wieder dichter belegt werden könnten. Das System ist so konzipiert, dass es sowohl möglich ist steigende Zugangszahlen als auch

sinkende Zugangszahlen auszugleichen. Dies erfolgt durch die Veränderung der Belegungsdichte.

Eine Übersicht der bisherigen Kürzungen ist der Anlage 1 zu entnehmen. Darin ist auch die Eröffnung des Übergangwohnheims „Am Rastplatz“ enthalten, welches von Immobilien Bremen erbaut, im Dezember an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport übergeben und im Januar 2018 eröffnet wurde.

III. Entwicklung des Unterbringungssystems für Flüchtlinge (Erwachsene und Familien) 2018

Landeserstaufnahmestellen (LAST)

Im Bereich der LAST sieht sich die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport gut aufgestellt. Höhere Zugangszahlen könnten durch die beschriebenen Reserven innerhalb von wenigen Wochen aufgefangen werden. Die LAST benötigen zudem immer innerhalb von Tagen zusätzliche Plätze, da Stadtstaaten nach wie vor zunächst (bis zur Umverteilung) mehr Flüchtlinge aufnehmen, als ihnen am Ende zugewiesen werden. Diese Spitzen sind daher regelmäßig aufzufangen. Bei der derzeitigen Auslastung von rund 84 % wird daher kein Kürzungsbedarf gesehen.

Übergangwohnheime der Stadtgemeinde Bremen

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport überprüft regelmäßig die Entwicklungen im Bereich der Zugangszahlen sowie die Auslastung der Unterkünfte der Stadtgemeinde Bremen. Aus den stagnierenden Zugangszahlen sowie den Auslastungen der Unterkünfte wurde im Verlauf des Jahres 2017 deutlich, dass Platzzahlen zu reduzieren sind. Gleichzeitig wurden Projekte, die bereits in den vergangenen Jahren beauftragt wurden, nach und nach fertiggestellt. Es muss daher strategisch entschieden werden, in welche Richtung das Unterbringungssystem entwickelt werden soll.

Zur strategischen Ausrichtung ist es notwendig zu unterscheiden, welche Unterkünfte angemietet und welche durch Investitionen erstellt wurden. Darüber hinaus müssen die Unterkünfte dahingehend überprüft werden, ob sie langfristig für Wohnen nutzbar sind. Bereits in 2016 wurde der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gebeten, die Standorte der Modulbauten (bunte Dörfer) daraufhin zu überprüfen, ob langfristiges Wohnen dort möglich ist. Ein Ergebnis hierzu liegt vor und ist Anlage 2 zu entnehmen. Für weitere Objekte laufen die Prüfungen noch.

Parallel wurde überlegt, welche Unterbringungsform qualitativ langfristig gewünscht ist und welche Einrichtungen aus wirtschaftlicher Sicht zu beenden ist bzw. welche beendet werden kann.

Aus wirtschaftlicher Sicht sind insbesondere Plätze in Unterkünften zu reduzieren, die durch Investitionen der Stadtgemeinde Bremen entstanden sind, da hier die Leerstandskosten am geringsten ausfallen. Parallel werden geeignete Nachnutzungen angestrebt. Zugleich wurde geprüft, welche Mietverträge gekündigt werden können. Qualitativ sind Unterkünfte mit Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftsbädern zu reduzieren. Insgesamt ist parallel die Verteilung der Unterkünfte im Stadtgebiet zu beachten. Detaillierte Überlegungen sind der Anlage 2 zu entnehmen.

Andere Aspekte sind die Prognosen für die Zugangszahlen sowie Auszüge aus dem System durch Vermittlung in privaten Wohnraum durch das Projekt „Mehr Wohnraum für Flüchtlinge“.

Die Prognose der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sieht wie folgt für 2018 aus:

	2018 gem. Prognose Haushalts aufstellung	2018 neue Prognose SJFIS	Anmerkungen
Zugang EASY	1.860	1.500	
Bremen	1.488	1.200	
Bremerhaven	372	300	
Zugang Familiennachzug	2.000	1.260	SI geht in einer eigenen Prognose von einer Spanne zwischen 1.047 bis max. 1.260 Personen für 2018 aus. SJFIS geht von der maximalen Zahl aus.
Bremen	1.600	1.008	
Bremerhaven	400	252	
Zugang humanitäre Programme	100	50	
Bremen	100	50	
Zugänge im Unterbringungssystem (Stadt Bremen):	3.188	2.258	
Abgänge aus dem System:		- 1.500	
		758	Zusätzlich benötigte Plätze in Unterbringungssystem 2018

Insgesamt stellen sich die Zugänge daher weiterhin größer dar, als die Abgänge aus dem Unterbringungssystem. Daher kann das System nur so konsolidiert werden, dass die weiteren Zugänge weiterhin aufgefangen werden können.

Zum 30.11.2017 lebten 2.933 Menschen Übergangswohnheimen. Bei 3.662 Plätzen zum 01.01.2018 entspricht dies einer Auslastung von durchschnittlich rund 80 %.

Die Personen aus den LAST werden perspektivisch teilweise nachrücken. Inwieweit Personen tatsächlich in ÜWH in der Stadtgemeinde Bremen ziehen, hängt von den noch laufenden Asylverfahren, den Herkunftsländern und der Umverteilung nach Bremerhaven ab. Zudem wird immer ein Anteil an Menschen, die dem Land Bremen zugerechnet sind, in den LAST leben. Daher werden diese Personen zunächst nicht in den Bedarf 2018 eingerechnet.

Strategisch ist es gewünscht, die Unterbringungsqualität so zu verbessern, dass möglichst wenige Menschen in Unterkünften mit Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftssanitäreinrichtungen leben und gleichzeitig keine Unterkünfte ungenutzt leerstehend sind. Derzeit steht keine Unterkunft leer.

Planungen Unterkunftssystem 2018:

Nimmt man die voraussichtlich freien Plätze zum 01.01.2018, die zusätzlichen Plätze in 2018 durch Neueröffnungen und rechnet dagegen die Prognose der Zugänge in das Unterbringungssystem der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2018, ergibt sich folgende Planung:

	Platzzahlen
Freie Plätze zum 01.01.2018	650
Neueröffnungen 2018:	600
Zusätzlicher Platzbedarf 2018	758
abzubauenende Plätze (Schätzung) 2018:	492

Diese Berechnung kann nur ein grober Anhaltspunkt sein, da Menschen weder linear noch planbar nach Deutschland kommen. Entsprechend wird diese Berechnung innerhalb des

Jahres 2018 regelmäßig zu überprüfen sein. Sollten weniger Menschen kommen, sind weitere Konsolidierungen erforderlich, sollten mehr Menschen durch das Unterbringungssystem aufgenommen werden müssen, können die Übergangswohnheime wieder dichter belegt werden.

Aus den Erfordernissen für die Platzkonsolidierung in 2018 ergibt sich die Notwendigkeit Übergangswohnheime zu schließen. Nach den qualitativen und wirtschaftlichen Kriterien sind dies durch Investitionen erstellte Unterkünfte mit Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftssanitäreinrichtungen sowie kündbare Mietobjekte. Zum 31.03.2018 werden daher folgende Übergangswohnheime geschlossen bzw. reduziert (detaillierte Übersicht siehe Anlage 2):

Unterkunft	Anzahl reduzierter Plätze	Anmerkungen
Bardowickstraße	70	Ehem. Schulgebäude und angemietete Container
Ellener Hof	100	Container
Klinikum Bremen Mitte	120	Angemietetes Gebäude
Marie-Mindermann-Straße	100	Container
Schiffbauer Weg	60	Angemietetes Gebäude
Neuwieder Straße	60	Container, Teil des ÜWH Otto-Brenner-Allee
Friedrich-Rauers-Straße	50	Hier werden ganze Etagen gesperrt
Ve gesacker Bahnhofplatz	22	Mietvertrag endet im Sommer 2018, daher schrittweise Reduzierung der Belegung
	582	

Es werden damit geringfügig mehr Plätze abgebaut, als derzeit als notwendig errechnet. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass in weiter bestehenden Übergangswohnheimen bei Bedarf Kapazitätserhöhungen vorgenommen werden können.

Damit werden zum 01.04.2018 noch 3.569 Plätze zur Verfügung stehen. 75% der Plätze werden in Appartementform angeboten.

Während der Bedarf zur Flüchtlingsunterbringung abnimmt, besteht dringender Bedarf zur Erweiterung diverser Schulstandorte. Hierfür können Container von Flüchtlingsunterkünften ggf. wirtschaftlich sinnvoll umgesetzt und umgerüstet werden. Deshalb wird für die freiwerdenden Container der Unterkünfte Ellener Hof und Marie-Mindermann-Straße durch die IB nicht mehr der Verkauf, sondern die neue Nutzung der Container geprüft. Auch für ggf. weitere frei werdende Container erfolgt die Überprüfung anhand von Wirtschaftlichkeitsberechnungen

Parallel zu den Kürzungen befindet sich die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport bei den Projekten „Außer der Schleifmühle“ und „Haberloher Straße“ in Verhandlungen zur Auflösung der Verträge. Beide Projekte wurden bereits gestoppt bevor Bauarbeiten begonnen wurden. Die Beiräte sind entsprechend informiert.

Das Projekt „Anne-Conway-Straße“ wird nicht als Übergangswohnheim in 2018 eröffnen, da der Platzbedarf von weiteren 550 Plätzen nicht gegeben ist. Daher wird derzeit eine Nutzung durch das Studentenwerk oder Vermietung am freien Wohnungsmarkt geprüft.

Da nicht absehbar ist, ob die Konsolidierungspläne innerhalb des Unterbringungssystems ausreichend sind, werden parallel die Nachnutzungsmöglichkeiten für die verschiedenen Unterkünfte weiter geprüft. In der Anlage 2 befinden sich die Platzzahlen zum 01.01.2018 sowie Anmerkungen zu Nachnutzungsprüfungen.

Übersicht Platzzahlen 01.01.2018

Unterkunft	ehemalige Platzzahl	Reduzierung zum 30.09.2017	derzeitige Platzzahl	Reduzierung zum 31.12.2017	neue Platzzahl 01.01.2018
Am Wall ÜWH	197	-37	160	-10	150
An der Weide ÜWH	42	-4	38	0	38
Arberger Heerstraße	240	0	240	-20	220
Bardowickstraße ÜWH	102	-12	90	-20	70
Corveystraße	143	0	143	-23	120
Eduard-Grunow-Straße ÜWH	55	-2	53	-3	50
Ellener Dorfstraße	35	0	35	0	35
Ellener Hof ÜWH	256	-56	200	-100	100
Elsflether Straße	60	0	60	0	60
Ermlandstraße ÜWH	250	-28	222	-42	180
Faulenstraße ÜWH	200	-33	167	-17	150
Friedrich-Rauers-Straße			200	-50	150
Gabriel-Seidl-Straße	70	0	70	-10	60
George-Albrecht-Straße ÜWH	120	-16	104	-14	90
Grünenstraße ÜWH	130	-10	120	-20	100
Herdentorsteinweg ÜWH	87	-16	71	-11	60
Vegeacker Bahnhof ÜWH	94	-12	82	0	82
Huchtinger Heerstraße ÜWH	81	-19	62	-2	60
Johann-Lange-Straße ÜWH	60	-60	0	0	0
Klinikum Mitte ÜWH	169	-30	139	-19	120
Kurfürstenallee ÜWH	110	-20	90	-10	80
Kreinsloger Straße	70	0	70	-10	60
Löningstraße	56	0	56	-6	50
Ludwig-Quidde-Straße ÜWH	260	-50	210	-30	180
Marie-Mindermann-Straße	0		200	-100	100
Niedersachsendamm ÜWH	200	-30	170	-20	150
Obervielander Straße (ASV)	115	0	115	-15	100
Otto-Brenner-Allee ÜWH	246	-46	200	-50	150
Otto-Lilienthal-Straße ÜWH	150	-35	115	-15	100
Philosophenweg	50	0	50	0	50
Porthotel	130	-10	120	0	120
Schiffbauerweg ÜWH	145	-24	121	-61	60
Steingutstraße	160	0	160	-20	140
Stolzenauer Straße ÜWH	170	-21	149	-29	120
Überseetor ÜWH	180	0	180	-20	160
Vinnenweg	120	0	120	-20	100
Am Rastplatz					270
Reduzierung gesamt:		-571		-767	
Wardamm ÜWH*	180	-133	47		47
	4.733	-704	4.429		3.932

* Eine Sanierung von 2 Gebäuden war erforderlich und erfolgt seit Frühling 2017. Fertigstellung im Mai 2018

Platzzahlen zum 01.04.2018 / Nachnutzungsprüfungen

Unterkunft	Platzzahl zum 01.01.2018	Reduzierung zum 31.03.2018	neue Platzzahl zum 01.04.2018	Bemerkung Nachnutzung
Am Wall ÜWH	150		150	Wohnen grundsätzlich möglich
An der Weide ÜWH	38		38	Derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung
Arberger Heerstraße	220		220	Abbau in 2020 erforderlich
Bardowickstraße ÜWH	70	-70	0	Schließung, derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung durch SKB
Corveystraße	120		120	Wohnen wird geprüft
Eduard-Grunow-Straße ÜWH	50		50	Wohnen grundsätzlich möglich
Ellener Dorfstraße	35		35	Wohnen grundsätzlich möglich
Ellener Hof ÜWH	100	-100	0	Schließung, Verwendung der Container für SKB in Prüfung
Elsflether Straße	60	0	60	keine Wohnungen
Ermlandstraße ÜWH	180		180	keine dauerhafte Wohnnutzung möglich
Faulenstraße ÜWH	150		150	keine dauerhafte Wohnnutzung möglich, nur in der obersten Etage
Friedrich-Rauers-Straße	150	-50	100	keine dauerhafte Wohnnutzung möglich
Gabriel-Seidl-Straße	60		60	keine Wohnungen
George-Albrecht-Straße ÜWH	90		90	keine Wohnungen
Grünenstraße ÜWH	100		100	Derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung
Herdentorsteinweg ÜWH	60		60	Derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung
Vegesacker Bahnhof ÜWH	82		82	Mietende 30.06.2018
Huchtinger Heerstraße ÜWH	60		60	Derzeit in Prüfung zur Nachnutzung
Johann-Lange-Straße ÜWH	0	0	0	Schließung
Klinikum Mitte ÜWH	120	-120	0	Schließung, Mietvertrag gekündigt
Kurfürstenallee ÜWH	80		80	Derzeit in Prüfung zur Nachnutzung
Kreinsloger Straße	60		60	keine Wohnungen
Löningstraße	50		50	Wohnen grundsätzlich möglich
Ludwig-Quidde-Straße ÜWH	180		180	keine dauerhafte Wohnnutzung möglich
Marie-Mindermann-Straße	100	-100	0	Schließung, Verwendung der Container für SKB in Prüfung
Niedersachsendamm ÜWH	150		150	keine dauerhafte Wohnnutzung möglich
Obervielander Straße (ASV)	100		100	keine dauerhafte Wohnnutzung möglich
Otto-Brenner-Allee ÜWH	150	-60	90	Schließung der Container Neuwieder Straße, derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung
Otto-Lilienthal-Straße ÜWH	100		100	Prüfung zur Nachnutzung als Bürogebäude erfolgt derzeitig
Philosophenweg	50		50	Wohnen grundsätzlich möglich
Porthotel	120		120	Derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung
Schiffbauerweg ÜWH	60	-60	0	Schließung, Mietvertrag gekündigt
Steingutstraße	140		140	Prüfung Verkauf erfolgt
Stolzenauer Straße ÜWH	120		120	Wohnen wird geprüft
Überseetor ÜWH	160		160	Abbau in 2019 erforderlich
Vinnenweg	100		100	Wohnen wird geprüft
Am Rastplatz	270		274	Wohnen erst nach Änderung des B-Plan möglich
Gröpelinger Heerstraße		250	250	Derzeitig in Prüfung zur Nachnutzung

Reduzierung gesamt:**-560**

Wardamm ÜWH	47		47	Reduzierung wegen Sanierung, +100 Plätze ab Mai 2018
	3.932		3.626	